

## **3.10NEU2** Global denken, lokal handeln: Für eine faire und friedliche Welt

Antragsteller\*in: Clemens Rostock (Lavo)  
Tagesordnungspunkt: 3. Innovativ, modern - für ein weltoffenes Brandenburg  
Status: Modifiziert

1 Durch die Globalisierung ist die Welt kleiner geworden. Mit ihr werden alle Folgen unseres Handelns auch  
2 in Brandenburg deutlicher und direkter spürbar. Während die anderen Parteien zumeist noch im  
3 nationalstaatlichen Rahmen denken, haben wir Bündnisgrünen frühzeitig auf die globalen Auswirkungen  
4 unserer Lebens- und Wirtschaftsweise aufmerksam gemacht. Die Auseinandersetzung um die neuen  
5 Fluchtbewegungen zeigt beispielhaft, welche Auswirkungen dies auf die Politik hat: Während die politische  
6 Rechte und auch große Teile der Linken sich auf Maßnahmen konzentrieren, die Fluchtwege unpassierbar  
7 zu machen, konzentrieren wir Bündnisgrüne uns auf die Fluchtursachen. Auf den ersten Blick mag das nach  
8 Außen- und Entwicklungspolitik klingen, aber auch Brandenburg kann einen Beitrag dazu leisten, dass die  
9 Welt für möglichst alle Menschen friedlich und fair wird. Wir wollen nicht auf Kosten anderer leben. Wir  
10 wollen, dass kein Mensch flüchten muss.

### **11 Zur Beilegung militärischer Krisen beitragen**

12 Während sich ausgerechnet die rot-rote Landesregierung über neue Ansiedlungen von Rüstungsfirmen in  
13 Brandenburg freut und die verkappte Militärshow der Internationalen Luftfahrtausstellung (ILA) fleißig  
14 fördert, wollen wir Brandenburg zu einem Ort der zivilen Krisenprävention machen.

15 Alle Einsätze der Bundeswehr - ob im nationalen oder multinationalen Rahmen - werden grundsätzlich  
16 vom Einsatzführungskommando der Bundeswehr in Geltow geplant und geführt. Brandenburg muss  
17 gegenüber der Bundesregierung einfordern, dass von Geltow aus keine Einsätze ohne völkerrechtliche  
18 Mandate geplant oder geführt werden.

19 Wir wollen die Friedensforschung fördern und die gesellschaftliche Debatte über Militärforschung  
20 vorantreiben. Die Annahme von Drittmittelprojekten für Militärforschung an Hochschulen und  
21 Universitäten soll transparent werden. Hochschulen sollen gefördert werden, wenn sie sich in freiwilligen  
22 Selbstverpflichtungen (Zivilklauseln) zum Verzicht auf rüstungsnahe Forschung bekennen. Zur Beratung  
23 und unabhängigen Bewertung sind Kommissionen nach dem Vorbild der Ethikkommissionen in der  
24 Medizinforschung zu schaffen. Wie bereits in Rheinland-Pfalz geschehen, wollen wir auch in Brandenburg  
25 eine Friedensakademie gründen. Mit ihr sollen die vielen verschiedenen friedenspolitischen Initiativen  
26 Brandenburgs vernetzt werden. Sie soll Friedensfachkräfte ausbilden und qualifizieren, sowie Forschung  
27 und Lehre anwendungs- und lösungsorientierter Friedensarbeit leisten. Auch inwieweit  
28 Umweltveränderungen zu Konflikten führen, soll analysiert werden. Zur Finanzierung können die  
29 eingesparten Mittel der ILA-Förderung herangezogen werden.

### **30 Als öffentliche Hand nachhaltiges und fair Wirtschaften**

31 Unsere Lebens- und Wirtschaftsweise hat Auswirkungen auf andere Teile der Welt. Leergefischte Meere,  
32 aufgrund von Klimawandel devastierte Landstriche, Müllhalden unseres Mülls, Wasserknappheit aufgrund  
33 von Futtermittelexporten nach Europa, Regenwaldabholzungen, militärische Konflikte mit aus Deutschland  
34 exportierten Waffen uvm. Nicht alles davon kann die Brandenburger Politik lösen. Mit weit über 3  
35 Milliarden Euro Vergabevolumen pro Jahr sind Brandenburgs Landes- und Kommunalverwaltungen  
36 wichtige Auftraggeber und könnten damit Vorreiter einer nachhaltigen Entwicklung sein – vor allem auch,  
37 wenn es um den Import von Produkten geht. So können wir stärker unseren Einfluss auf die  
38 Produktionsbedingungen andernorts geltend machen. Nachhaltigkeitskriterien, wie der ökologische  
39 Fußabdruck von Produkten, Klimaneutralität sowie faire Löhne und Produktionsbedingungen in den  
40 Herkunftsländern spielen bislang keine oder eine nur sehr untergeordnete Rolle. Entscheidungen werden

41 hierzulande immer noch zu häufig am Beschaffungspreis und zu wenig an den Lebenszykluskosten eines  
42 Produktes ausgerichtet.

43 Wir wollen daher das Brandenburger Vergaberecht ändern. Außer der Einhaltung von Tarifbindung und  
44 Mindestlöhnen bei allen beauftragten Unternehmen sollen künftig auch Nachhaltigkeitskriterien für die zu  
45 beschaffenden Produkte verbindlich vorgeschrieben werden. Für die Beschaffung von Importprodukten  
46 sind, soweit möglich, Zertifizierungen vorzuschreiben, die die Einhaltung der ILO-Arbeitsnormen (Schutz  
47 vor Ausbeutung, Verbot von Kinderarbeit) oder nachhaltige Bewirtschaftung wie z.B. FSC vorschreiben. Die  
48 Beachtung dieser Kriterien wird auch das Verantwortungsbewusstsein in breiten Bevölkerungskreisen im  
49 Sinne von „Global denken, lokal handeln“ sehr positiv beeinflussen. Dazu kommen die in Pensionsfonds,  
50 Versicherungen, Aktien, Anleihen etc. angelegten Mittel. Im Rahmen einer Divest-Strategie wollen wir diese  
51 Mittel von Unternehmen abziehen, die z.B. fossile oder nukleare Energieträger stützen, Waffen herstellen  
52 oder vertreiben, Pflanzen oder Saatgut gentechnisch verändern oder Tierversuche bei Kosmetika  
53 durchführen. Alle Brandenburger Behörden sollen zudem mit dem EU-Öko-Audit EMAS-zertifiziert  
54 werden.

55 Eine Globalisierung ohne starke Regeln nützt vor allem globalen Konzernen und vergrößert die weltweite  
56 Ungleichheit und verschärft die Fluchtursachen, statt sie zu lindern. In der Logik der aktuell von der EU  
57 verhandelten Handelsabkommen CETA (EU-Kanada), TTIP (EU-USA), JEFTA (EU-Japan) und TiSA gelten  
58 Regulierungen zum Schutz von Mensch und Umwelt als störende Handelshemmnisse. Zugleich sollen  
59 durch die angedachten Investor-Staat-Schiedsgerichtsverfahren Unternehmen unnötige und gefährliche  
60 Klageprivilegien gegen staatliche Regulierung erhalten. Im Bundesrat lehnen wir deshalb CETA ab. Die  
61 Verhandlungen zu TTIP und dem Dienstleistungsabkommen TISA wollen wir stoppen und fordern einen  
62 Neustart der europäischen Handelspolitik. Wir setzen uns für gerechte Handelsregeln ein, die fairen  
63 Wettbewerb und eine ressourcenschonende Produktionsweise fördern und Beschäftigte und  
64 Verbraucher\*innen schützen.

### 65 **Die Eine Welt in Brandenburg**

66 Unabhängig davon, ob Menschen aus unmittelbarer Angst um Leib und Leben fliehen oder aufgrund  
67 wirtschaftlicher Aussichtslosigkeit emigrieren, ist eine ökonomische und sozialpolitische Zusammenarbeit  
68 mit den betroffenen Regionen zur Bekämpfung der Ursachen notwendig. Wir wollen nach dem Vorbild  
69 anderer Bundesländer in Absprache mit dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und  
70 Entwicklung mit einer Region eine konkrete und breit aufgestellte Entwicklungspartnerschaft aufbauen,  
71 aus der viele Menschen emigrieren und/oder flüchten. Ziel ist eine langfristige Kooperation von Wirtschaft,  
72 Kommunen, Hochschulen, Kirchen und Zivilgesellschaft. Dabei kann auf etablierte Verbindungen und  
73 Vorleistungen aufgebaut und diese fortentwickelt werden. Dabei wollen wir mit den  
74 Entwicklungsorganisationen wie die Stiftung Nord-Süd-Brücken (SNSB) und VENROB e.V., das  
75 entwicklungspolitische Landesnetzwerk in Brandenburg einbinden, auch um neue Verbindungen für den  
76 Fairen Handel und die Eine-Welt-Läden herzustellen. Ziele wären z.B. eine industriepolitische  
77 Zusammenarbeit zum Ausbau der Erneuerbaren Energien, Menschenrechtsdialoge, Unterstützung des  
78 Gesundheitssystems oder eine agrarpolitische Zusammenarbeit unter Einbeziehung der HNE Eberswalde,  
79 der ZALF Müncheberg und dem DIFE in Potsdam-Rehbrücke.